



AUSSERDEM IM PARLAMENT

Mietrecht. Während der Bundesrat die Entkopplung der Mietzinse vom Hypothekarzins und ihre Anbindung an den Landesindex der Konsumentenpreise vorbereitet, will der Nationalrat noch keinen entsprechenden Grundsatzentscheid fällen. Er sistierte am Dienstag mit 96 zu 84 Stimmen die Behandlung einer Ständeratsmotion, die den Übergang zur Indexmiete verlangt. Es sei sinnvoll, zuerst das Vernehmlassungsergebnis über die laufende Mietrechtsrevision abzuwarten, so der Tenor in der grossen Kammer.

Für Pakettlösung bei der Personenfreizügigkeit. Der Ständerat beharrt weiterhin darauf, die Erweiterung des Abkommens mit der EU über die Personenfreizügigkeit und dessen Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien in einem einzigen Erlass zur Abstimmung zu bringen. Der Entscheid fiel mit 25 zu 16 Stimmen. Er lehnt es ausserdem ab, dass über die Weiterführung des Abkommens sieben Jahre nach Inkrafttreten noch einmal abgestimmt werden können soll. Das Geschäft geht nun wieder in den Nationalrat. Schwenkt dieser nicht auf die Lösung des Ständerates ein, muss eine Einigungskonferenz entscheiden. Diese tagt am Donnerstag.

Kleine Departementsreform. Ob erhöhte Dioxin-Grenzwerte bei Lebensmitteln oder gesundheitsschädigende Inhaltsstoffe bei Spielzeugen aus China für Schlagzeilen und Unruhe sorgen: Die Schweiz sei in solchen Fällen schlecht organisiert, die Konsumpolitik zersplittert, findet der Ständerat. Nicht weniger als vier Bundesämter befassten sich heute mit Fragen dieser Art, hiess es in der Debatte über eine Motion von Hannes Germann (Schaffhausen, svp.), der eine Reorganisation der Lebensmittel- und Produktesicherheit verlangt. Der Ständerat stimmte der Motion gegen den Willen von Bundespräsident Couchepin mit 18 zu 5 Stimmen zu und verlangt damit eine kleine Departementsreform.

Streumunition-Verbot zurück in die Kommission. National- und Ständerat sind sich uneinig darüber, ob ein totales Verbot von Streumunition gerechtfertigt ist. Der Ständerat hat die Zustimmung zu einer parlamentarischen Initiative aus der grossen Kammer bereits einmal verweigert. Nun will er in dieser Sache noch einmal über die Bücher: Im Rahmen der Differenzbereinigung wies er das Geschäft mit 20 zu 17 Stimmen zurück an die vorberatende Kommission. Grund ist eine im Mai von 111 Staaten unterzeichnete Konvention zur Ächtung von Streumunition. Die Kommission solle diese jüngste Entwicklung in ihren Überlegungen berücksichtigen. Vor allem Vertreter der SP und der CVP plädierten dagegen für eine rasche Zustimmung zur Initiative.

Merz will Gewinnsteuer-Reform prüfen. Finanzminister Hans-Rudolf Merz bekräftigte im Ständerat den Willen des Bundesrates, im Bereich der Unternehmensbesteuerung dafür zu sorgen, dass die Schweiz wettbewerbsfähig bleibe. In diesem Zusammenhang werde auch eine Herabsetzung der Besteuerung inländischer Erträge von Holding-, Verwaltungs- und gemischten Gesellschaften geprüft. Dies verlangte Maximilian Reimann (Aargau, svp.) mit einer Motion. Die Ausführungen von Merz veranlassten Reimann, seinen Vorstoss zurückzuziehen. Die SVP-Fraktion hat eine gleichlautende Motion auch im Nationalrat eingereicht. Das Anliegen ist im Zusammenhang mit dem Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU zu sehen.

Früherkennung von Darmkrebs. Der Bundesrat soll Massnahmen zur Früherkennung von Darmkrebs prüfen. Der Ständerat hat ein Postulat überwiesen, das vom Bundesrat Abklärungen über die Wirksamkeit und Machbarkeit von entsprechenden Massnahmen und deren Umsetzung verlangt.

fon/dgy.